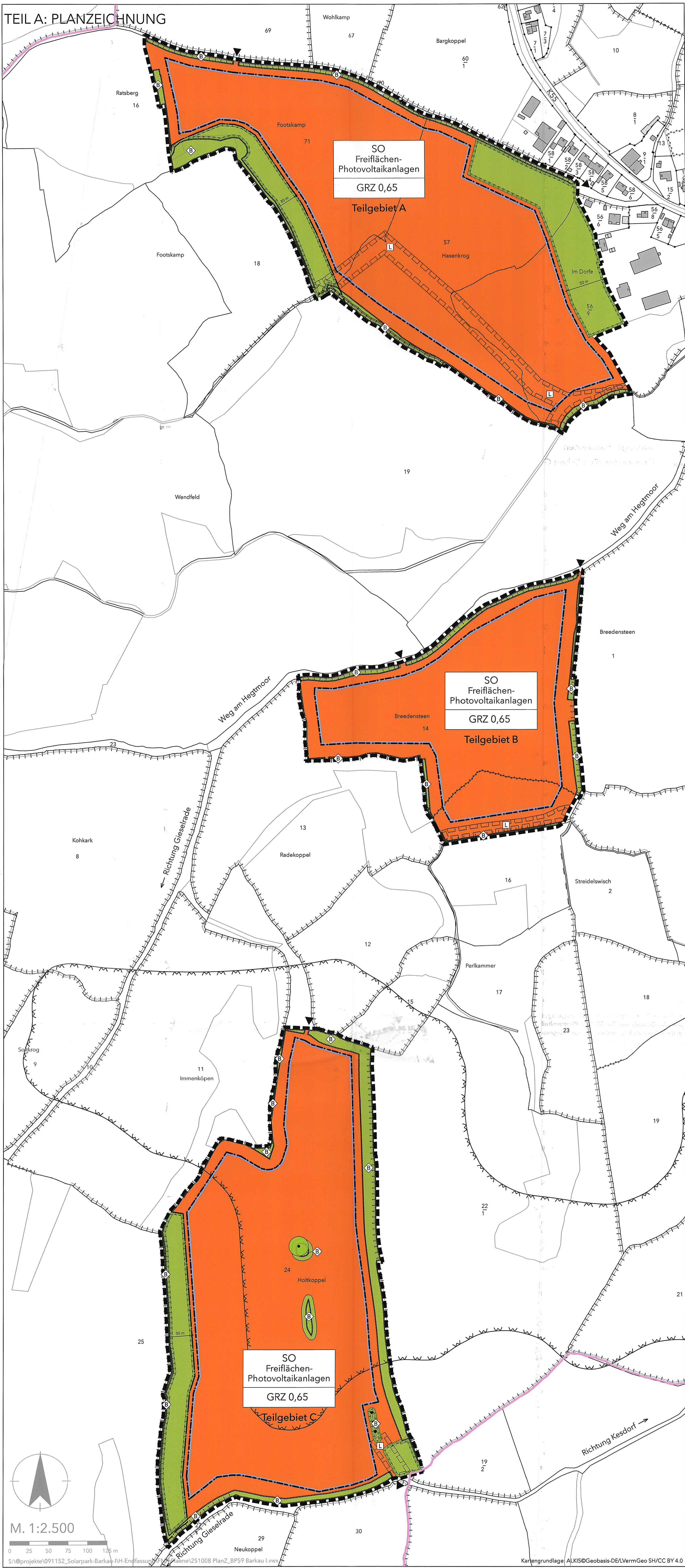


SATZUNG DER GEMEINDE SÜSEL ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 59 "SOLARPARK BARKAU I"

FÜR EIN GEBIET WESTLICH UND SÜDLICH DER ORTSCHAFT BARKAU

Aufgrund der §§ 10 und 12 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 394), sowie nach § 86 der Landesbauordnung des Landes Schleswig-Holstein (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes vom 5. Juli 2024 (GVBl. Schl.-H. 2024, S. 50) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 26.06.2025 folgende Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 59 der Gemeinde Süsel "Solarpark Barkau I" für ein Gebiet westlich und südlich der Ortschaft Barkau, bestehend aus dem Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), der Begründung sowie dem Vorhaben- und Erschließungsplan, erlassen:

TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERKLÄRUNG

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr.1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO)
- SO Sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung: Freiflächen-Photovoltaikanlagen (§ 11 BauNVO)
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)
- Baugrenze

Füllschema der Nutzungsschablone	
SO Freiflächen-Photovoltaikanlagen GRZ 0,65	Art der baulichen Nutzung mit Zweckbestimmung
	Grundflächenzahl

- Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- Ein- und Ausfahrt
- Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Private Grünfläche mit Zweckbestimmung: Naturbestimmte Fläche
- Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
- Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
- Bäume, zu erhalten
- Sonstige Planzeichen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauBG)
- Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen zugunsten der Berechtigten (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Nachrichtliche Übernahmen
- Gesetzlich geschütztes Biotop (§ 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG)
- Waldschutzstreifen (§ 24 Abs. 2 LWaldG)
- Vorranggebiet Wind (vgl. Teilaufstellung Regionalpläne Wind 2020)
- Darstellung ohne Normcharakter
- Flurstücksbezeichnung
- Flurgrenze
- Vorhandene Flurstücksgrenze

TEIL B: TEXT

- I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**
- 1 Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs.1 Nr. 1 BauGB)**
- 1.1 SO - Sonstiges Sondergebiet „Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ (§ 11 BauNVO)**
- Im SO - Sonstiges Sondergebiet gem. § 11 BauNVO, Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlagen (Teilgebiete A / B / C) ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage für Freiflächenphotovoltaik mit den erforderlichen baulichen Nebenanlagen zulässig. Zulässig sind freistehende Solarmodule ohne Fundamente sowie notwendige Wechselrichterstationen, Transformatoren, Leitungen, Zuwegungen, Kameramasten und sonstige erforderliche Betriebsgebäude und -anlagen. Darüber hinaus sind auch Anlagen zur Speicherung des im Plangebiet erzeugten Stroms zulässig.
- An den Außenrändern der einzelnen Solarflächen bzw. innerhalb der randlichen Bepflanzung ist eine Einfriedung mit transparenten Metall- oder Maschendrahtzäunen zulässig. Die Zäune sind mit einem Abstand von mind. 3 m zu den Solarmodulen zu errichten.
- Die zusätzliche landwirtschaftliche Nutzung des Sonstigen Sondergebietes, Zweckbestimmung Photovoltaik-Anlagen ist unter Berücksichtigung der gründerischen Festsetzung Ziff. 4.1 zulässig.
- 1.2 Zulässigkeit von Vorhaben (§ 12 (3a) i.V.m. § 9 (2) BauGB)**
- Im Plangebiet sind nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
- 1.3 Zulässigkeit bis zum Eintritt bestimmter Umstände (§ 9 Abs.2 BauGB)**
- In den als "Vorranggebiet Wind" festgelegten Bereichen im Teilgebiet C ist die Errichtung und der Betrieb von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf für Windkraftanlagen (WKA) und dafür erforderlichen Nebenanlagen vorgesehen. Flächen nur zulässig bis zum Vorliegen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für diese WKA; die Folgenutzung ist "Windkraftanlagen".
- 1.4 Zulässige Grundfläche**
- Die festgesetzte Grundflächenzahl GRZ beinhaltet auch die Grundfläche der zulässigen Nebenanlagen; eine Überschreitung der GRZ ist nicht zulässig.
- Die Grundflächen von Transformatoren-/ Netzeinspeisestationen, Anlagen zur Speicherung von Energie, Lagercontainern und sonstige Betriebsgebäude dürfen insgesamt einen maximalen Anteil von 5 % an der festgesetzten GRZ ausmachen. Jede einzelne der genannten Nebenanlagen darf eine Grundfläche von 50 m² nicht überschreiten.
- 1.5 Baugrenzen / Überbaubare Grundstücksflächen**
- Die Errichtung der Solarmodule und der zulässigen Nebenanlagen ist nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig. Lediglich Erschließungsanlagen, Zäune und Leitungen und die nach Ziff.1.6 zulässigen Werbeanlagen sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.
- 1.6 Nebenanlagen (§ 14 Abs. 1 BauNVO i.V.m. § 86 LBO)**
- Untergeordnete Nebenanlagen in Form von Anlagen der Außenwerbung (Werbeanlagen) sind innerhalb des Plangebietes unzulässig. Ausgenommen ist eine freistehende Anlage als reine Informationsfläche über regenerative Energien und touristische Angebote der Region in einer Größe von max. 10 qm bei einer Höhe von max. 3,50 m.
- 1.7 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 Abs. 1 BauNVO)**
- Die Höhe der Oberkante von Solarmodulen und Nebenanlagen wird auf max. 3,5 m festgesetzt. Die untere Kante (Traufhöhe) der Solarmodule muss mindestens 80 cm betragen.
- Erforderliche Kameramasten dürfen die festgesetzte Höhe bis zu einer Höhe von 6 m überschreiten. Die relative Einklinkung ist mit einer Höhe von max. 2,20 m zulässig. Die Einklinkung hat ohne Sockelmauer zu erfolgen und zum Boden einen Abstand von 20 cm einzuhalten.
- Bezugshöhe ist die jeweilige bestehende Geländeöhe.
- 2 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs.1 Nr. 21 BauGB)**
- Im Plangebiet werden zur Führung und Unterhaltung der vorhanden Entwässerungsleitung die mit einem Flurstücksgerecht (L) zu Gunsten des Wasser- und Bodenverbands zu belastenden Flächen festgesetzt.
- II. GRÜNDORDERISCHE FESTSETZUNGEN**
- 3 Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 BauGB)**
- 3.1 Flächen für Maßnahmen / Private Grünflächen (§ 9 (1) Nr. 20 / 15 BauGB)**
- Die festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft bzw. Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Naturbestimmte Flächen“ sind – mit Ausnahme der darauf befindlichen gesetzlich geschützten Biotop- und dazugehörigen Pufferstreifen (s. Ziff. 3.4) - durch die Aussaat einer arten- und krautreichen Grünlandmischung aus zertifiziertem Saatgut (Regiosaatgut) und entsprechenden Pflege (kein Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, max. 2 x Mahd im Jahr, Mahd nicht vor dem 15. Juli und in Intervallen, Abwägen des Mahdguts mindestens in den ersten drei Jahren zur Ausagerung) zu entwickeln.
- Im Teilgebiet A darf auf der nordöstlichen Grünfläche ein Zufahrtsweg mit max. 5 m Breite in wasserdrüchtiger Bauweise angelegt werden.

- Zur Förderung von Kleinsäugern, Amphibien, Reptilien und Insekten sind in den Randbereichen der extensiv genutzten Grünlandflächen Leeseitenhaufen und Altholzhaufen anzulegen.
- 3.2 Maßnahmenföliche Solarfelder**
- Die in den Sondergebieten gelegenen Freiflächen und die Flächen unter den Solarmodulen sind, nach Einsatz mit einer arten- und krautreichen Grünlandmischung aus zertifiziertem Saatgut (Regiosaatgut) als Extensivgrünland zu entwickeln. Ein Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ist nicht zulässig. Es ist eine extensive Beweidung oder Mahd (max. 2 Mahden im Jahr, Mahd nicht vor dem 15. Juli und in Intervallen, Abwägen des Mahdguts mindestens in den ersten drei Jahren zur Ausagerung) durchzuführen.
- Die Modulreihen sind mit einem Abstand von mind. 3,50 m zueinander zu errichten. Ausnahme: weise können die Reihenabstände mit geringfügigen Abweichungen von max. 1 m errichtet werden, soweit dies durch technisches Erfordernis begründet ist. Bei solchen begründeten Abweichungen ist innerhalb des Plangebietes ein durchschnittlicher Reihenabstand von mind. 3,50 m nachzuweisen.
- Für die Erschließung sind vorrangig bestehende Wege zu nutzen. Soweit Zuwegungen, Umfahrungen und Rettungsweg befestigt werden müssen, sind diese in einer wasserdrüchtigen Bauweise herzustellen.
- 3.3 Maßnahmen zum Schutz des Bodens**
- Die Errichtung, der Betrieb und der Rückbau des Solarparks hat bodenschonend zu erfolgen. Im Plangebiet ist grundsätzlich jede Aufschüttung bzw. Abgrabung unzulässig. Zulässig sind lediglich erforderliche Angleichungen in den Zufahrtsbereichen der Solarfelder zur öffentlichen Verkehrsfläche sowie zur Herstellung eines ebenen Planums für Nebenanlagen wie z.B. Trafostationen.
- Materialumlagerungen sind auf das unvermeidliche Maß zu beschränken, eine großflächige Planierung (> 1.000 m²) ist zu vermeiden, Versiegelungen sind soweit wie möglich zu vermeiden, flächige Befestigungen sind wassergebunden oder teildurchlässig zu gestalten, Tiefgründungen oder großflächige Betonfundamente für die Solar-Module sind grundsätzlich zu vermeiden, auf chemische Reinigungsmittel und chemische Unkrautbeseitigung ist zu verzichten.
- Der Leitfaden "Bodenschutz auf Linienbaustellen" (LLUR 2020) sowie die DIN 19639-2019/09 Bodenschutz sind zu verwenden.
- 3.4 Erhaltung von Blumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**
- Die im Plangebiet vorhandenen Gehölzstrukturen sind während der Bau- und Betriebsphase durch geeignete Maßnahmen vor Beeinträchtigungen zu schützen.
- Innerhalb der festgesetzten Flächen im Bereich bestehender Knickabschnitte sind die Knick einschließlich Knickwal sowie die angrenzenden Schutzstreifen (in einer Breite von mindestens 3 m, gemessen ab dem Knickfuß) zu erhalten und während der Bau- und Betriebsphase durch geeignete Maßnahmen vor Beeinträchtigungen zu schützen. Im Kronenbereich sind Aufschüttungen, Abgrabung oder Verdichtung des Bodens (z.B. durch Fahweg), Lagerung von Materialien jeglicher Art, Eingriffe in den Wurzelbereich (z.B. durch unterirdische Leitungen) sowie gärtnerische Gestaltung nicht zulässig.
- Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen während der Bauphase ist die Einhaltung der DIN 18920 "Schutz von Blumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" vorgeschrieben.
- III. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME / HINWEISE**
- 4 Geschützte Biotopie**
- Im Plangebiet sind verschiedene § 30 BNatSchG bzw. § 21 LNatSchG geschützte Biotopie vorhanden; diese sind dauerhaft zu erhalten und -soweit erforderlich- fachgerecht (Beachtung der entsprechenden Regelungen und ggfs. vorhandener Verbotstreiträume) und in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu pflegen.
- 5 Waldabstand**
- Der gesetzlich geforderte Waldabstand von 30 m zum Waldrand ist nach Landeswaldgesetz, § 24 (2) LWaldG nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen.
- 6 Archäologischer Denkmalschutz**
- Der überplante Bereich befindet sich teilweise in einem archäologischen Interessengebiet; daher ist hier mit archäologischer Substanz d.h. mit archäologischen Denkmalen zu rechnen. Auch wenn eine Bauweise ohne Bodeneingriffe vorgesehen ist (Steckpläne), ist mit dem Archäologischen Landesamt frühzeitig die Notwendigkeit archäologischer Untersuchungen abzustimmen und es sind ggfs. erforderliche Genehmigungen durch den Vorhabenträger einzuholen.
- Gemäß § 15 DSchG gilt: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich mitzuteilen oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenschichtenfläche.
- 7 Ausgestaltung der PV-Freiflächananlage und Rückbauplanung**
- Bei der Genehmigungsplanung und der Umsetzung sind die Planungsanforderungen zur Ausgestaltung der Anlage (Kapitel D) aus dem Erläss „Grundsätze zur Planung von großflächigen Solar-Freiflächananlagen im Außenbereich“ (Amtsblatt Schl.-H., Nr. 6, 2022) zu beachten.
- Bei Eintritt der unter Ziff. 1.3 genannten Umstände (Vorliegen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für Windkraftanlagen) hat der Rückbau der Anlagen und Nebenanlagen auf den davon betroffenen Flächen zu erfolgen. Nach endgültiger Betriebsanstellung hat der vollständige Rückbau der Anlagen und Nebenanlagen zu erfolgen. Dazu hat sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag zu verpflichten; diese Verpflichtung gilt auch gegenüber Rechtsnachfolgern. Die Nachfolgenutzung entspricht der (landwirtschaftlichen) Nutzung, die vor der Durchführung des Vorhabens ausgeübt wurde.
- Mit dem vollständigen Rückbau der Anlagen und Nebenanlagen wird der Eingriff in Natur und Landschaft beseitigt. Alle Ausgleichsmaßnahmen, die dem Ausgleich dieser Eingriffe dienen, können mit dem Rückbau beseitigt werden. Dies gilt nicht für Knicks, die dem Ersatz von beseitigten Knickabschnitten dienen. Bei Rückbau der Anlage sind alle naturschutzrechtlichen Belange zu beachten. Die genannten Regelungen werden durch Übernahme in den Durchführungsvertrag gesichert.
- 8 Gehölzliste**
- Für Anpflanzungen sind folgende Arten und Qualitäten zu verwenden:
- Bäume:**
- Hainbuche (Carpinus betulus, 1 x verpfl., leichte Heister 100/125 cm)
  - Winterlinde (Tilia cordata, 2 x verpfl., leichte Heister 100/125 cm)
  - Frühe Traubenkirsche (Prunus padus, 2 x verpfl., Strliucher 60/100 cm)
  - Vogelkirsche (Sorbus avoparia, 2 x verpfl., leichte Heister 100/125 cm)
  - Sleielche (Quercus robur, 2 x verpfl., leichte Heister 100/125 cm)
- Sträucher:**
- Hartregel (Cornus sanguinea, 2 x v. Str. 4 Triebte 40/60 cm)
  - Weißdorn (Crataegus monogyna, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Schlehe (Prunus spinosa, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Hundrose (Rosa canina, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Haseul (Corylus avellana, 2 x v. Str. 4 Triebte 60/100 cm)
  - Pflaflenhütchen (Euonymus europaeus, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Faulbaum (Rhamnus catharticus, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Hölunder (Sambucus nigra, 2 x v. Str. 3 Triebte 60/100 cm)
  - Kornelkirsche (Cornus mas, 2 x v. Str. 3 Triebte 40/60 cm)
  - Schneeball (Viburnum opulus, 2 x v. Str. 4 Triebte 40/60 cm).
- 9 Artenschutzmaßnahmen**
- Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände sind im Geltungsbereich des VBP Nr. 59 folgende Bauzeiterregelungen zu beachten:
- Die Baufeldräumung ist aus artenschutzrechtlichen Gründen bezüglich der Gehölzbrüter und der Bodenbrüter außerhalb des Brutzeitraumes vom 01.03. bis 15.08. erlaubt. (Bauzeiterregelung V-Ar1).
  - Ist eine Bauausführung innerhalb des o.g. Zeitraums aus Gründen des projektbedingten Bauablaufs notwendig, ist über eine Umweltbauleitung V-1 sicherzustellen, dass sich auf den betroffenen Flächen keine Individuen der europäisch geschützten Vögelarten aufhalten. Finden sich Brutpaare, so muss die Baufeldvorbereitung bis zur Beendigung der Brut (Flüggewerden der Jungen) verschoben werden. Alternativ können vor Beginn der Brutzeit bis zum Baubeginn Vergrämnungsmaßnahmen durchgeführt werden, mit denen eine Brut auf den Baulflächen verhindert wird. Vergrämnungsmaßnahmen im Zuge des Aufstellens der Solarmodule sind frühzeitig mit der UNB abzustimmen.
  - Bautätigkeiten in der westlichen Hälfte der Teilfläche A sind nur außerhalb der Brutzeit (01.03. bis 15.08.) zulässig. (Bauzeiterregelung V-Ar1) Innerhalb des Brutzeitraumes sind Bautätigkeiten nur zulässig, sofern das betroffene Paar im Jahr der Maßnahme nicht brütet bzw. die Brut bereits beendet ist und die flüggen Jungvögel ausgeflogen sind. Dies wäre in diesem Fall über eine Umweltbauleitung V-1 nachzuweisen.
  - Insbesondere die feuchteren Randbereiche mit Zugang zu einem Kleingewässer sowie die feuchten Senken stellen den Vorhabenfläche stellen den Lebensraum des Moorfroschs dar. Aufgrund der Überplanung dieser Bereiche besteht für die Art ein erhöhtes baubedingtes Tötungsrisiko. Zur Vermeidung des Tötungsstatbestandes ist auf die Einhaltung der Bauzeiterregelung in den Zeitraum vom 01.11. bis 15.02. (V-Ar2) zu achten. Auch der Kammmolch lebt nicht nur in Gewässern, sondern hält sich auch an Hecken und Feldgehölzen sowie Waldbereichen mit geeigneten Zugängen zur Kleingewässern auf. Im Vorhabengebiet sind somit hauptsächlich die Randbereiche betroffen. Für den Kammmolch besteht daher ebenfalls ein erhöhtes baubedingtes Tötungsrisiko, welches durch die Einhaltung der oben genannten Bauzeiterregelung (V-Ar2) minimiert werden kann.

- Ist eine Bauausführung innerhalb des o.g. Zeitraums aus Gründen des projektbedingten Bauablaufs notwendig, ist über eine Umweltbauleitung V-1 sicher zu stellen, dass sich auf den betroffenen Flächen keine Amphibien aufhalten. Finden sich Individuen, so müssen alle Indi viduen abgesammelt werden und die Baufeldvorbereitung bis zur Fertigstellung verschoben werden. Alternativ können vor Beginn der Wandergasszeit temporäre Amphibienschutzzäune (V-Ar4) aufgestellt werden, die potentiell wandernde Amphibien von den Vorhabenflächen wegweisen. Anlage und betriebsbedingte Empfindlichkeiten treten während der Wandernbewegungen nicht ein.
- Zu den im Geltungsbereich vorhandenen Gewässern sowie Feuchtbereichen ist aufgrund der dort vorkommenden Amphibiarten ein Pufferstreifen von 5 m erforderlich. Dadurch wird gewährleistet, dass sich die Vegetation optimal entwickeln kann und keine Beschattung durch Module eintritt. (Abstand zu Amphibiengewässern V-Ar5)
- Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände, die nicht innerhalb des Geltungsbereichs ausgefallen werden können, werden die dadurch verursachten Eingriffe planungsexterner vorgezogene artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen (CEP) zugeordnet. Die entsprechenden Flächen befinden sich in den Bereichen
- „Königsberg“ (Gemarkung Barkau, Flur 2, Flurstück 24/1) mit ca. 2,68 ha
  - „Seckoppel“ (Gemarkung Barkau, Flur 2, Flurstück 11) mit ca. 2 ha
  - „Bökensacker“ (Gemarkung Barkau, Flur 4, Flurstück 19) mit ca. 2,3 ha
- Die Sicherung dieser Maßnahmen erfolgt als vertragliche Vereinbarung zwischen der Vorhabenträgerin und dem jeweiligen Flächeneigentümer sowie als Übernahme im Durchführungvertrag. Die Maßnahmen sind im Umweltbericht detailliert dargestellt.
- 10 Vorhaben- und Erschließungsplan**
- Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 59 ist der Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) mit Stand 12.11.2024.

VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung der Gemeinde Süsel vom 11.08.2022. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in den Lübecker Nachrichten und im Ostholsteiner Anzeiger am 24.01.2023 erfolgt.
  - Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB wurde vom 01.02.2023 bis einschließlich 03.03.2023 durchgeführt.
  - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom 24.01.2023 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
  - Die Gemeindevertretung hat in der Sitzung am 07.12.2023 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 59 mit Begründung beschlossen und zur Veröffentlichung im Internet und öffentlichen Auslegung bestimmt. Der Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplans wurde ebenfalls zur Veröffentlichung im Internet und öffentlichen Auslegung bestimmt.
  - Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 59, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung und der Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplans wurden in der Zeit vom 09.02.2024 bis einschließlich 13.03.2024 auf der Internetseite der Gemeinde Süsel unter [www.vg-eutin-suessel.de](http://www.vg-eutin-suessel.de) veröffentlicht. Zusätzlich wurden die Unterlagen für den Zeitraum der Veröffentlichung im Internet durch öffentliche Auslegung in der Stadtverwaltung Eutin, Fachbereich Bauen, Stadtentwicklung und Klimaschutz, Lübecker Straße 17, 23701 Eutin, im Eingangsbereich, während der Sprechstunden (montags - donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr) zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Die Veröffentlichung im Internet und öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Veröffentlichungsfrist im Internet elektronisch übermittelt werden sollen, und zwar per E-Mail an [Landratsassmann@beut.de](mailto:Landratsassmann@beut.de) oder über [www.b-lan.pool.de](http://www.b-lan.pool.de), oder bei Bedarf auch auf anderem Weg abgegeben werden können, am 07.02.2024 durch Abdruck in den Lübecker Nachrichten und im Ostholsteiner Anzeiger ortsüblich bekannt gemacht. Hierbei ist auch darauf hingewiesen worden, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können. Der Inhalt der Bekanntmachung über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein (erreichbar unter [www.schleswig-holstein.de/bauatlasplanung](http://www.schleswig-holstein.de/bauatlasplanung)) zugänglich.
  - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 08.02.2024 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
  - Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 59 wurde nach der Veröffentlichung im Internet und der öffentlichen Auslegung geändert. Die Gemeindevertretung hat am 27.04.2024 den geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 59 mit Begründung beschlossen und zur erneuten Veröffentlichung im Internet und öffentlichen Auslegung bestimmt.
- Vorgenannte Entwurfsunterlagen wurden gemäß § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 08.08.2024 bis einschließlich 09.09.2024 erneut auf der Internetseite der Gemeinde Süsel unter [www.vg-eutin-suessel.de](http://www.vg-eutin-suessel.de) veröffentlicht. Zusätzlich wurden die Unterlagen für den Zeitraum der Veröffentlichung im Internet erneut durch öffentliche Auslegung in der Stadtverwaltung Eutin, Fachbereich Bauen, Stadtentwicklung und Klimaschutz, Lübecker Straße 17, 23701 Eutin, im Eingangsbereich, während der Sprechstunden (montags - donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 14.00 Uhr bis 15.30 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr) zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.
- Die erneute Veröffentlichung im Internet und erneute öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Veröffentlichungsfrist im Internet elektronisch übermittelt werden sollen, und zwar per E-Mail an [Landratsassmann@beut.de](mailto:Landratsassmann@beut.de) oder über [www.b-lan.pool.de](http://www.b-lan.pool.de), oder bei Bedarf auch auf anderem Weg abgegeben werden können, am 06.08.2024 durch Abdruck im Ostholsteiner Anzeiger und in den Lübecker Nachrichten ortsüblich bekannt gemacht. Hierbei ist gem. § 4a Abs. 2 Satz 1 BauGB darauf hingewiesen worden, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können. Der Inhalt der Bekanntmachung der erneuten Veröffentlichung im Internet und erneuten öffentlichen Auslegung wurde zusätzlich unter [www.vg-eutin-suessel.de](http://www.vg-eutin-suessel.de) ins Internet eingestellt. Außerdem waren die nach § 4a Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB zu veröffentlichenden Unterlagen und der Inhalt der Bekanntmachung über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein (erreichbar unter [www.schleswig-holstein.de/bauatlasplanung](http://www.schleswig-holstein.de/bauatlasplanung)) zugänglich.
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4a Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 07.08.2024 erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
  - Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 26.06.2025 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt. Die Gemeindevertretung hat zur Kenntnis genommen, dass von der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen eingegangen sind.

**Hinweise:** Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse u.ä.) können bei Staatsverfall der Stadt Eutin im Rahmen der vereinigten Verwaltungsgemeinschaft Eutin/Süsel für die Gemeinde Süsel, Markt 1 (Verwaltungsgebäude Lübecker Straße 17, 23701 Eutin, während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. Soweit auf DIN-Vorschriften / technische Regelwerke in der Bauplanungskarte verwiesen wird, finden diese Anwendung und werden ebenfalls zur Einsichtnahme bereitgehalten.

**1. Ausfertigung**

Übersichtskarte

Süsel, 2.8.10.2025

(A. Boonekamp) - Bürgermeister -

Eutin, 12.10.2025

(Vogel) - Offentl. best. Verm.-ing. -

Süsel, 2.8.10.2025

(A. Boonekamp) - Bürgermeister -

Süsel, 2.8.10.2025

(A. Boonekamp) - Bürgermeister -

Süsel, 01.10.2025

(A. Boonekamp) - Bürgermeister -

**SATZUNG DER GEMEINDE SÜSEL ÜBER DEN VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 59 "SOLARPARK BARKAU I"**

FÜR EIN GEBIET WESTLICH UND SÜDLICH DER ORTSCHAFT BARKAU

**AC PLANER GRUPPE**

Barungsphase: BEKANNTMACHUNG Projekt-Nr.: 09 11 52 Projektbearbeiter: STEFANY